

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bettelgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Gewerkschaft und Genossenschaft. — Eine neue Besoldungsordnung in Potsdam. — Mißstände in Garmen. — Die Arbeitsordnung in der preussischen Residenzstadt Potsdam. — Maschinengewehre als Agitatoren. — Aus den Berliner häuslichen Gasanzahlungen. — Unsere Mitgliederbewegung in Südbanern. — Koch ein „Kulturdokument“ aus Kiel. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Mandatbau. — Veranlassungskalender. — Vorfälle.

Gewerkschaft und Genossenschaft.

Die fortgeschrittene Steigerung aller Lebensmittel und Vertriebsartikel erfordert mehr denn je, daß der Arbeiter auch in seinem Konsum sich triffe von dem Grundsatze leiten läßt: Zusammenschluß und gemeinsamen Bezug durch die Konsumvereine.

Wir haben oftmals an dieser Stelle den unmittelbaren Nutzen betont, der sich durch die genossenschaftliche Organisation für jeden einzelnen erzielen läßt. Heute möchten wir daher — angeregt durch die einmachenden und interessanten Erklärungen im Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 1909 — vorwiegend die Beziehungen hervorheben, die sich zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft ohne weiteres ergeben und die zu fördern Aufgabe jedes ethischen Gewerkschaftlers sein muß.

Wären die eine Tatsache, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine Ende 1908 insgesamt in Zentrale und angeschlossenen Vereinen circa 15.000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, läßt die wachsende Bedeutung der Genossenschaft als Arbeitgeber hervortreten. In dieser Eigenschaft können die Konsumgenossenschaften daran denken, den Angestellten und Arbeitern ein erträgliches und bis zu einem gewissen Grade auch milderndes Arbeitsverhältnis zu schaffen. Ähnlich wird dabei — wie oben oft betont — zu berücksichtigen sein, daß die Konsumgenossenschaft der Konsumvereine bestehen bleibt und daß ferner keine unbilligen Vorurteile beseitigt werden können. Die allen Teilen zu freudigstehende Grenze wird nicht immer leicht zu finden sein. Aber das durch den Zentralverband ins Leben gerufene Tarifamt in Verbindung mit den bestehenden Organisationsstellen wird im Laufe der Zeit ganz sicher betrübende Verhältnisse schaffen. (Vor hat jetzt wieder ein Dr. Arin Stephan Neumann) allerhand „olle Mandellen“ angewandt, um den Preis zu erbringen, daß der Arbeiter der schlechtesten Arbeitgeber sei. Daß ihm aber dieser Beweis gelungen

wäre, kann höchstens ein entragiertes Mitglied des Reichs-Liigenverbandes behaupten.

Doch kehren wir zu unserem Ausgangspunkt zurück: die allgemeine Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften. S. Kaufmann beleuchtet diese Frage eingehend und kommt zu folgenden Resultaten: Die Summe aller gewerkschaftlichen Bestrebungen läßt sich zusammenfassen in dem Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder und Schutz gegen die Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz. Das bedeutet zusammen die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder der Gewerkschaften, eine Vergrößerung deren Anteile an den Gütern des Lebens, die Möglichkeit einer reichlicheren Befriedigung ihres Bedarfs. (Diese Definition erscheint nicht erschöpfend. Wir haben in Nr. 47 Jahrg. 1908 der „Gewerkschaft“ die gewerkschaftlichen Grundzüge und Aufgaben dargelegt, weshalb wir darauf verweisen.) Genau dasselbe Streben, nämlich die Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder, die Vergrößerung deren Anteile an den Gütern des Lebens und die Möglichkeit einer reichlicheren Befriedigung ihres Bedarfs haben die Konsumgenossenschaften, nur sind sie nicht in der Lage, das Einkommen selbst zu erhöhen, sondern durch Erzielung von Erparnissen beim Einkauf die Kaufkraft des Einkommens. Es kann gar nicht anders sein, als daß die Gewerkschaften und sonstigen Berufsorganisationen der Angestellten und Arbeiter alle Bestrebungen, die wie die übrigen auf die Verbesserung der Existenzbedingungen des arbeitenden Volkes gerichtet sind, mit Freuden begrüßen und in den gleichstrebenden Organisationen gute Kameraden erblicken müssen.

Der erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften führt zu einer Erhöhung des Arbeiterlohns, löst aber in unserer heutigen unregelmäßigen Wirtschaftsordnung die Tendenz zur Erhöhung der Warenpreise aus. Wenn hier nicht die Konsumgenossenschaften als Preisregulatoren und Organisatoren des Konsums ihre unerschöpflichen Dienste leisten würden, so hieße der ganze Kampf der Gewerkschaften Wasser in ein Sieb schütten, denn die Warenpreise würden oft noch schneller steigen als die Löhne. So bilden also die Konsumgenossenschaften ein Gegengewicht gegen eine ungeduldfertige Erhöhung der Aufschläge. Sie garantieren ihren Mitgliedern den Einkauf zu den Selbstkosten, weil sie den etwa erzielten Ueberschuß nach Maßgabe des Umlages an die Mitglieder zurückverleihen.

Einigenfalls sei, daß je größer der Zusammenschluß im Konsum, um so ausdauernder wird die vorstehende Tendenz sich zur Geltung bringen.

Auch die ersichtliche Tatsache der Konsumvereine kommt den Gewerkschaften zu Gute. Der in Vorkriegszeit verurteilte Proletariat sucht leichter ins Lumpenproletariat und ist für Organisationsbestrebungen

1. Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, 7. Jahrg. 1909, Bd. I u. II, herausgegeben vom Generalsekretär Heinrich Kaufmann. Preis für beide Bände 10 Mk. Berlin, Verlags des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Baumg. 1, Reichendelstr. 22.

2. Die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei und Unternehmern. Berlin 1909, Verlag Otto Eisner.

nicht zu haben. Der Grundsatz der Verzählung erzieht zur Wirtschaftlichkeit und damit zur argeren Widerstandsfähigkeit, wie das auch erfolgreich die Unterstützungs-einrichtungen der Gewerkschaften tun.

Die Zwangslagen und Notstands der Monnumvereine wirken oftmals segensreich bei argeren Kämpfen als indirekte Streitfonds. Selbstverständlich muß jedes Genossen schaftsmittglied über seine Einlagen verfügen können, wenn auch die Gewerkschaften daran Anteil nehmen.

Unsere gewerkschaftliche Forderung, daß städtische und Staatsbehörden nicht nur über Tarifvereinbarungen treffen, sondern auch ihre Leistungen durch tarifähnliche Unternehmern veranlassen, trifft in gleicher Weise die Monnumgenossenschaften. Auch sie dürfen nur von tarif-treuen Firmen bestehen und müssen natürlich tarif-treuen sein.

Die Monnumvereine legen ihren Angehörten und Arbeitern in der Wahrnehmung ihrer politischen, gewerkschaftlichen und sonstigen Interessen außerhalb der Arbeitszeit nicht das geringste in den Weg. Auch hier dienen sie als gutes Beispiel den Privatunternehmern sowie Staats- und Gemeindebetrieben.

Eine ist ebenfalls vorteilhafte Wechselwirkung entsteht den Genossenschaften durch die Gewerkschaften, was wir hier nur kurz andeuten können. Die Steigerung des Einkommens durch die Gewerkschaft bringt Erhöhung der Kaufkraft. Daraus ergibt sich in der Regel Steigerung des Umsatzes der Monnumvereine.

Wir erleben also aus all dem, daß, je inniger die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften sich gestalten, um so fruchtbarer für beide Teile, ja für die gesamte Arbeiterbewegung. Denn unter Standpunkt (den wir in Nr. 25-27 Jahrg. 1907 der „Gew.“ eingehender bearbeitet haben) bezüglich der Notwendigkeit eines sozialistischen Geistes in der Genossenschaftsbewegung ist — trotz H. Kaufmann — in der Ausdehnung begriffen. Und sobald einmal ein sozialdemokratischer Fortschritt für größere Propaganda des Genossenschaftswesens entschieden hat — vielleicht schon der nächste — wird die hartere Durchdringung der Monnumgenossenschaften mit sozialistischem Geist nur eine Frage der Zeit sein. Nicht daß wir den Monnumvereinen irgendwelche Selbstständigkeit wehren möchten. Aber genau wie die modernen Gewerkschaften bei aller Selbstständigkeit in Reichthum und Handeln die Erziehung zu den sozialistischen Idealen fortgesetzt wissen und dadurch erst sich vor jeder Verführung und Stagnation heben, so müssen auch die Monnumvereine vor Verführung und Stagnation durch ständige sozialistische Ideale bewahrt werden.

Zoll die Abschwächung durch vier und mehr Zwischenhändler ist Monnum energisch bekämpft werden und nicht nur auf einen immerhin geraden Monnumkreis beschränkt bleiben, so werden die idealen Motive in der Agitation mehr in den Vordergrund treten müssen. Denn die rechnerischen Vorteile größerer Verkaufsumsätze können immer nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil der Volkswaffen in Bewegung zu setzen.

Wir möchten unseren Betrachtungen einen Abschluß geben, der wiederholt von uns ausgesprochen ist: Die Staats- und Gemeindearbeiter haben in erhöhtem Maße Anlaß, sich an der Organisation des Monnums zu beteiligen.

Wer eine wirtschaftlichen Verhältnisse ordnen und bessern will,

Wer für ein gutes Geld auch gute Ware verlangt,

Wer die Anheftung durch Zwangsverkauf bekämpfen will,

Wer insbesondere auch die Vorbereitungen zur Trennung der sozialistischen Zusammengesellschaft leisten will.

der trete dem Monnumverein bei!

Eine neue Befehlsordnung in Bielefeld.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 6. October wurde unter anderem auch die von der Finanzkommission aufgestellte neue Befehlsordnung für Beamte und Arbeiter beraten. Die unteren Beamten sowie die Arbeiter waren vorher zum großen Teil davon unberührt, daß sie nicht allzu viel zu erwarten hätten. Aber selbst die allerschwersten Wünsche sind noch nicht einmal erfüllt worden. Selbstverständlich sind es auch hier wieder die Arbeiter, die am schmerzlichen empfinden. Es ist ja auch nichts anderes zu erwarten. Die städtischen Betriebe werden genau so kapitalistisch verwaltet und abgetrieben wie jeder Privatbetrieb. Die jeweiligen herrschenden Gruppen innerhalb einer Stadtverwaltung denken auch den städtischen Betrieben das kapitalistische Übergewicht an. Am nächsten tritt dieses bei der Verwaltung der Stadtverwaltungen hervor. Hier läßt man sich durchaus nicht von höheren Gesichtspunkten aus leiten. Auch von den Stadtverordnungen wird der Arbeiter als Ware betrachtet, die je nach Lage des Marktes heute billig, morgen etwas teurer erstanden wird. Kann das überhaupt sein, daß namentlich die unskilleden Arbeiter in den städtischen Betrieben Löhne erhalten, die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen am Orte durchaus nicht in Einklang zu bringen sind.

Wie die Löhne der städtischen Arbeiter Bielefelds sich sind, ist es den Arbeitern schon unter den höchsten Anforderungen unmöglich, von Verhältnissen für die Familie nur eingemessen zu leben. Entschieden über hat, was nach oben und daher die städtischen Gänge. Daraus ergibt sich die jetzt erliegenden unumkehrlichen Verhältnisse mit dem geringsten. Die den Arbeitern angebotenen kleinen Entlohnungen erfordern eine weit höhere Ausgabe als die geringfügigen Lohnzulagen ausmachen. Gerade 20 Pf. pro Tag für Tagelöhner und Schichtarbeiter erachtet man für die Arbeiter als vollkommen genügend. Bei den Stundenlohnern ist die Zulage noch geringer, hier beträgt sie nur 2 Pf. pro Stunde. Das macht im Winter durchschnittlich nur 15 Pf. pro Tag aus, da diese Arbeiter noch öfters erkrankt sind, während 20 Pf. pro Tag auszu-sprechen. Aber selbst diese kleinen Zulagen erhalten noch nicht einmal alle Arbeiter. Diejenigen Arbeiter, die das „Geld“ hatten, in diesem Jahre in irgendeinem natürlichen Betrieb zu arbeiten zu lassen, erhalten jetzt überhaupt keine Zulage. Diesen Arbeitern kommt erst diese Zulage nach eingetragener Beschäftigung zufließen. In Bielefeld beträgt die Zulage aber nicht 20 Pf., sondern nur 10 Pf. pro Tag. Die städtischen Arbeiter erhalten am 1. April d. J. nämlich eine Zulage von 10 Pf. pro Tag. Diese 10 Pf. werden nun auf die jetzige Zulage mit angerechnet, so daß jetzt nur noch 10 Pf. nachgezahlt werden. Es etwas ist mit man kann Lohnzulagen. Selbst die ganz erheblichen Anfangslöhne hat man nicht einmal erhöht. Ja, den städtischen Arbeitern im Allgemeinen war es schon zu viel, daß unter Umständen in dieser Sache das Wort ergriffen. Der Magistrat hatte ja in der Vorlage diesen alles so nach ihrem Geschmack gemacht, so daß das Schick-sal der Arbeiter nur noch ja zu sagen brauchte, ohne sich länger damit aufzuhalten. Der Tag der Abrechnung wird aber auch hier kommen. Wie noch eine kurze Zeit, dann sind wieder die Stadtverord-nungen zu wählen. Da werden die städtischen Arbeiter den Herren die Leitung für ihre Taten ausstellen.

Nur die oberen Beamten hatte man zulagen bewilligt, die ganz genau darauf abzielen liegen, daß man auch den Mitarbeitern etwas mehr Entlohnungen zahlen würde. Aber es kam auch hier wieder einmal ein Diktum. Durch die besprochenen Zulagen, die die oberen Beamten erhalten, und die nur ihnen im übrigen auch ganz gerne gegeben, wird der natürliche Staat nicht unendlich belohnt. Bei den unteren Beamten und bei den Arbeitern kommt man sich dann zuweilen, daß die Ausgaben schon ziemlich hoch sind, so daß eine höhere Zulage an die unteren Klassen unmöglich ist. Bei der oberen Klasse hat man eine Gehaltszulage von 1000 Mk. pro Jahr für unskilleden erfordern, während diese Zulage bei den unteren Arbeitern, den Stundenlohnern, kaum 20 Mk. pro Jahr beträgt.

Es geht schon ganz genau nicht vom sozialistischen Geist einer Stadtverwaltung, wenn der Lohn der Arbeiter nach Stunden festgesetzt wird. Daraus ergibt sich für die Arbeiter mit Worten: Was auch besetzt ein solcher Mensch im Verdienst, welcher die natürliche Lage der Arbeiterklasse in höchst ungünstigen Verhältnissen muß. So haben denn auch gerade diejenigen Arbeiter dem Winter mit seinen verheerenden Ausgaben und ver-minderten Einnahmen mit Gedulde entgegen. Die Aus-schüttungen des Stadtrats Schulz, der kampflos be-müht war, die Löhne der städtischen Arbeiter weit gün-

stärker hinzustellen als die Löhne in der Privatindustrie, treffen ganz und gar daneben. Der Herr vergißt hier wohlweislich dabei anzugeben, in wieviel Stunden die Bauarbeiter im Jahre diesen Lohn erzielen und wieviel Stunden die städtischen Arbeiter arbeiten müssen, um diesen Lohnsatz zu erhalten. Darauf kommt es aber doch in erster Linie an. Wenn man hier glaubt, mit Zahlen operieren zu müssen, dann muß man auch die gebrauchte Arbeitskraft mit in Anrechnung bringen, die hierzu verwendet wurde. Tut man das aber, dann wird die Stadtverwaltung ganz gewiß nicht vom besten abzuscheiden. Im übrigen ist es immer kein Widerspruch, wenn man sich auf die Entschuldigung für eine Stadtverwaltung, wenn darauf hingewiesen wird, daß diese oder jene Arbeiter in Privatbetrieben ebenso schlecht oder zum Teil noch schlechter entlohnt werden wie die städtischen Arbeiter.

Unter Veranschaulichung der jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse am Orte ist 1 Mt. pro Tag das mindeste, was die Arbeiter auch in Pieskefeld notwendig brauchen. Diesen Lohnsatz haben aber nur sehr wenig Arbeiter, daher bleibt noch sehr viel zu wünschen übrig. Vor allen Dingen hätten ja die Anfangslöhne erhöht werden müssen. Hier verfiel aber die bürgerliche Mehrheit im Magistrat vollständig.

Eine Stadtverwaltung, die derartig niedrige Anfangslöhne gewährt wie Pieskefeld, vergeht sich an ihren Arbeitern in der schwersten Weise. Die Arbeiter müssen bei diesem Entkommen die billigsten Wohnungen mieten, die anzutreffen sind. Daß aber die billigsten Wohnungen auch gerade die gesundheitschädlichsten sind, steht außer allem Zweifel. Weiter aber muß der Arbeiter bei den jetzigen hohen Preisen für Lebensmittel mit seiner gesamten Familie an Unterernährung leiden. Das trägt aber ebenfalls ganz gewiß nicht zum Gesundheitszustand der Arbeiterfamilie bei.

Den städtischen Arbeitern müssen die jetzigen Löhne des Magistrats und der Stadtverordnetenmehrheit eine Lehre sein. Ein jeder Arbeiter muß einsehen lernen, warum man sie so niedrig einschätzte. Die Hauptursache trifft auch hier die Arbeiter selbst. Der größte Teil der städtischen Arbeiter kümmerte sich bisher nicht um ihre eigenen Interessen. Das muß sich früher oder später an den Arbeitern selbst rächen. In Zukunft müssen sich die Arbeiter etwas mehr regen und vor allen Dingen sich alle Mann organisieren. Sorge ein jeder dafür, daß sich auch der letzte Mann dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließt. Nur durch geschlossenes Vorgehen und gemeinsames Handeln werden unsere Forderungen mehr Beachtung finden. Unsere Aufgabe muß es jetzt sein, dafür zu sorgen, daß die Worte des Oberbürgermeisters Pannemann Wahrheit werden, als er sagte: Die Arbeiterlöhne tun man jedes Jahr ändern! Wir müssen alles daran setzen, daß das schon nächstes Jahr geschieht.

Mißstände in Barmen.

Schon oft haben wir uns mit den städtischen Betrieben an dieser Stelle beschäftigt. Ebenso oft ist schon auf die Willkür der Hinterbänkler hingewiesen worden. Was sich diese Leute teilweise den Arbeitern gegenüber erlauben, ist einfach unerblicklich. Von den Straßeneinheimern hatte einer bei der Kadaverarbeit einige Stunden Straßeneinweiser überlesen, was wohl jeden Menschen passieren kann, noch dazu des Nachts. Dieser Mann wurde vor eine Tafel gestellt, mußte ein Auge abhalten und die auf der Tafel angebrachte Arbeit leisten. Hier wurde nun festgestellt, daß der Mann nicht gut sehen konnte und soll er deshalb akkordiert werden. Anhängern des „Blauen Kreuzes“ kann so etwas nicht passieren, da in es gleich, ob sie gut sehen können oder nicht. Einige Arbeiter hatten es schon für unmöglich, sich hinter einen und in Tarnung aufzustellen. Damit sie „aus“ gehen und nicht festgehalten werden. Auf diese Sachen muß wohl das Spruchwort zutreffen: „Man hat niemand hinter der Felle, wenn man nicht schon selbst dahinter gestanden hat.“

Am 20. d. d. d. d. wurde ein Mann mit abträglicher Stimmung entlassen, weil er nicht „richtig“ genug war. Die Stimmung erholte sich mit den Worten: „Sie können in acht Tagen auf hören, ich kann einen demnächstigen Mann bekommen.“ Der Entlassene war nicht etwa arbeitslos, nein, er gehörte nur nicht dem „Blauen Kreuz“ an, und deshalb war er wohl auch nicht „richtig“ genug. Der Arbeiter hat verdient, seine Grundrechte rücksichtslos zu werden, alle Dinge wie immer ohne Verhalt. Die Arbeit sollte aber auch werden, wenn einmal zugunsten eines Arbeiters verfahren wird. Der Anspruch eines Hinterbänklers: Während der Arbeit bin ich dein Vorgesetzter, nach der Arbeit bin ich dein Bruder und dann

kannst du auch als Bruder zu mir kommen!“ dürfte deshalb unter den obwaltenden Verhältnissen nicht immer zum Vorteil der Stadtverwaltung gereichen. Denn nach alledem kann man annehmen, daß es bei Einstellung von neuen Arbeitern nicht auf die Arbeitsfähigkeit, sondern lediglich auf die gut „christliche“ Stimmung ankommt. Die Stadtverwaltung hätte deshalb alle Ursache, hier nach dem Nechten zu sehen.

Auf dem Gaswerk Rittershausen leistet sich ein Vorarbeiter W., wahrscheinlich vom Nachttitel getrieben, ganz besonderes. Alle Arbeiter, die schon 30 Jahre auf dem Werk beschäftigt sind, hat er schon mit Entlassung bedroht. Namentlich wie „Kumpen“, „gemeine Madeten“ und nicht selten. Der Mann hat wahrscheinlich nicht mehr Bildung gelernt; denn ähnliche Ausdrücke wendet er für die Bezeichnung seiner Vorgesetzten, natürlich hinter deren Rücken, an. Dieser selbe Vorarbeiter fertigt nun auch die Lohnbücher für eine Reihe Arbeiter aus. In diese werden auch die Verhältnisse mit dem Arbeiter angegebenen Entschuldigungen eingetragen. Eine Reihe dieser Entschuldigungen sind dann auch in letzter Zeit, wahrscheinlich auch schon früher mit einem „a“ bezeichnet worden. Als man der Inspektor der Gasanstalt auf Urlaub war, bekam der ihn vertretende Beamte die Bücher in die Hände und dieser mußte nicht, was das „a“ zu bedeuten hatte. Es wurde deshalb bei dem Vorarbeiter per Telefon angefragt, weshalb die prompte Antwort kam: „a“ bedeutet Vorbiegelung falscher Tatsachen.“ Also alle Entschuldigungen, welche W. nicht glauben wollte, oder ihm nicht glaubwürdig erschienen, wurden als „Vorbiegelung falscher Tatsachen“ mit einem „a“ bezeichnet. Die Untersuchung war zufällig an anderer Stelle durch Telefonverbindung geführt worden. Man muß sich hier fragen, wie kommt ein Vorarbeiter dazu, ehrliche Arbeiter zu Kumpen zu stampeln. Hat sich der Vorarbeiter jedesmal überzeugt, ob die zu spät kommenden Arbeiter unrichtige Angaben gemacht haben? Nein, das hat er nicht. Denn einem Arbeiter, der wegen Todesfall mehrere Wege zu besorgen hatte und deshalb manche Stunde mußte, wurde seine Entschuldigung auch mit einem „a“ bezeichnet. Wie mag die Verwaltung über diesen Herrn denken? Man sollte meinen, daß solchen Leuten derartige Praktiken einfach zu verbieten sind, dem Ansehen der Gaswerkverwaltung entspricht dies Gekaren keineswegs.

Den städtischen Arbeitern aber, die unter solchen Verhältnissen zu leiden haben, ist nur zu raten, sich unverzüglich ihrer Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, anzuschließen. Denn nur durch geschlossenes Handeln können solche Mißstände beseitigt werden.

Die Arbeitsordnung in der preussischen Residenzstadt Potsdam.

Noch gar nichts haben wieder die Leser unserer „Gewerkschaft“ sowie die Öffentlichkeit von den sozialpolitischen Einrichtungen der Stadt Potsdam erfahren. Es ist dies auch gar kein Wunder. Zwar doch in dem herrigen Stadtparlament meistens nur Hinterlunge der Reaktion. Nicht ein einziger Arbeitervertreter ist in diesem Parlament. Die Arbeiterpresse wird von der Potsdamer Bevölkerung nur selten abgelesen und gelesen. Weder sozialistische, noch freie wirtschaftliche Organisationen sind nennenswert vorhanden. „Montagessen bis auf die Knochen!“ heißt noch immer die Parole vieler Arbeiter. Es ist daher durchaus nicht verwunderlich, wenn der Einfluß auf die Zusammensetzung der Stadtverwaltung und deren Einrichtungen ein so geringer ist. Die Gewerkschaften haben allerdings in letzter Zeit etwas mehr Aufsehen und an Mitgliedern gewonnen. Es hat demnach den Anschein, als kommen die Arbeiter doch immer mehr zu dem Bewußtsein, daß es ohne Organisation keinen Fortschritt für die Arbeiterarbeit gibt.

Von den städtischen Arbeitern konnte sich bisher leider kein einziger zu den Erkennens auszeichnen, daß nur in der Organisation ihre Interessen vertreten werden. So patriotisch rücksichtslos und reaktionär wie die bezeichnete Stadt an und für sich ist, so rücksichtslos sind leider auch die meisten Bürger und Arbeiter dieser Stadt. Unsere Kollegen können hierbei allerdings ganz in besonderer Weise betrauert werden. Sollte Potsdam nicht eine ausserordentliche Militär- und Beamtenstadt sein, dann wäre es jedenfalls auch noch in vielen Dingen besser bestellt. Was nun die städtischen Arbeiter speziell angeht, so befinden sich diese noch mit ganz geringer Ausnahme in einer Militär- und Staatsbetriebe und sonstigen Betriebsverhältnissen. Werden doch hier unsere Kollegen bei den Stadt-, Land- und Reichstagswahlen noch als Schuttruppe

der Gegner, des Reichslügenverbandes, als Wablschlepper und dergleichen mißbraucht. Daß sie sich dadurch auch ihrer Familie selbst Schaden zufügen, das wollen sie leider nicht einsehen.

Die Folgen sind unabweislich. Meine Stadt im Reich bietet wohl ihren Arbeitern so wenig Gutes wie gerade Potsdam. Sieht man sich beispielsweise die „Arbeitsordnung“ an, die im Jahre 1901 das Volk der Welt erblickte, so bestimmt man unwillkürlich den Eindruck, als sei sie für Gefangene, nicht aber für freie Arbeiter bestimmt. So besagt schon die Einleitung, daß die Arbeitsordnung erlassen sei „zur Aufrechterhaltung der Disziplin!“ Eine Bestimmung, wie man sie vielleicht noch hier und da im Paradies östlicher Kaiser vorfindet mag. Eines freien Arbeiters ist eine solche „Zucht“bestimmung jedenfalls unwürdig. Aber auch die Stadt selber legt sich selbst damit keine Ehre ein. Als Vorgesetzte der Arbeiter gelten: Betriebsleiter, Oberaufseher, Oberfeuerwärter, Gezeiten usw. Wer bekommt beim Leben dieses nicht den Eindruck, als befänden sich die Arbeiter nicht im Dienste der Stadt beim Militär und unter dessen Kommando? Arbeiter, welche bei der Stadt beschäftigt sein wollen, müssen von ihrem bisherigen Arbeitgeber eine „Vorausweisung“ herbringen. Daß sie dort ordnungsmäßig entlassen sind! Weiter heißt es: „Die Einweisung in eine bestimmte Betriebsabteilung entbehrt den Betroffenen nicht von der Verpflichtung, auch in einer anderen Beschäftigung sich verwenden zu lassen.“ Hierdurch ist ohne weiteres eine Unfreiheit des Arbeitsverhältnisses verknüpft. Denn diejenigen Arbeiter, welche der Arbeitsordnung und den Anordnungen der Vorgesetzten nicht nachkommen, können sofort entlassen werden. Daß diese Bestimmung auch bei eventuellen Lohnkämpfen eine große Rolle spielen kann, ist ohne jeden Zweifel. Man möchte sich im vorerwähnten „Arbeitsmüßiggang“ heranzüchten. Wenn man ohnehin weiß, wie hier die Behandlung der Arbeiter ist, so kann man begreifen, wie eben jeder, der sich nicht alles bieten läßt, zur Strafe in einen anderen Betriebszweig versetzt werden kann; gleichviel ob sich der betreffende Arbeiter für diese Arbeit eignet oder nicht. Mitarbeiter müssen vor Vorkommen der übernommenen Maschinenarbeiten kündigen und können nach Fertigstellung der Arbeit sofort entlassen werden. Für die von der Armendirection überwiesenen arbeitslosen Arbeiter kommt eine Mündigung überhaupt nicht in Frage. Sie können ebenfalls jeden Tag entlassen werden. Das gleiche trifft auch zu bei der Strafenreinigung. Sofort die Arbeit verlassen muß ferner solche Personen, welche Familienangehörige der Vorgesetzten oder Mitarbeiter bzw. deren Familienangehörigen „Ableidigen“ und „gegen die guten Sitten“ verstoßen. Zweitens solche Personen, welche zur Verrichtung der Arbeit unfähig, trunken sind oder sich gegenwärtige Anordnungen zuwiderhandeln können lassen. Was das Wort „Anreizung“ von den Behörden vielfach ausgesagt wird, davon können ja unsere Kollegen schon ein Lied anstimmen. Denn schon oft haben es viele selbst fühlen müssen. Im § 5 heißt es: „Den Anordnungen der Aufsicht usw. ist jederzeit Folge zu leisten und sollen alle Arbeiter stets anständig und bescheiden sich gegen dieselben bewegen.“ Eine von den am meisten mit zu verurteilenden Bestimmungen ist der § 6. Dieser besagt: „Monatseinkund zieht den Verlust eines durchschnittlichen Wochenlohnes nach sich. Der

Vortrag wird dem Fonds, welcher dazu bestimmt ist, denjenigen Arbeitern, welche sich besonders gut geföhrt haben, am Schlusse des Jahres Gratifikationen zu gewähren, überwiesen.“ Daß diese Bestimmung eine ganz besondere Härte bedeutet und durch die Art der Verteilung der Strafgelder die Arbeiter zu Ariechern und willkürlichen Wertungen herabwürdigt, ist jedem ohne weiteres klar und braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

Die Arbeitszeit beträgt inklusive der Pausen 12 Stunden! Die Maschinen der Straßenreinigung haben sich abends fünf Minuten vor Beendigung der Arbeitszeit auf der Feuerwache einzufinden, die Arbeitsgeräte ordnungsgemäß abzugeben und Punkt 6 Uhr anzutreten. Der älteste Maschinenführer meldet die Maschinen dem Oberfeuerwehrmann dem Dienst hierauf ordnungsmäßig „zur Stelle“, worauf letzterer die Arbeiter abtreten läßt! Die häßlichen Arbeiter sind verpflichtet, auch außerhalb der festgesetzten Arbeitszeit dem Mute des Betriebsleiters bzw. dessen Stellvertreters zu folgen und sich sofort zur Verfügung zu stellen. Arbeiterstunden sind zu leisten und können auch in Ausnahmefällen verlangt werden.

Die Lohnzahlung erfolgt ebenfalls nach Beendigung der Tagesarbeitszeit. Zur Feiertage, die auf Wochentage fallen, ist der regelmäßige Lohn zu zahlen, doch haben die einzelnen Personen die Verpflichtung, wenn dies erforderlich wird, außerordentliche Arbeiten und Wachen ohne besondere Entschädigung an solchen Tagen auszuführen. Geldstrafen bis zum halben Betrage des Tagesverdienstes erfolgen: Bei unbedeutendem Fortbleiben von der Arbeit; bei wiederholtem Fortbleiben oder unzulässigen Verlassen der Arbeit; bei Nachlässigkeit, unanständiger Ausübung der Arbeit und „Trägheit“, insbesondere wegen unachtsamen Umganges mit Werkzeugen und Maschinen usw., ferner bei Zuwiderhandlungen der Arbeitsordnung.“ Geldstrafen bis zum vollen Betrage eines Arbeitsverdienstes sind festgesetzt: Bei Fortschleichen gegen Mitarbeiter; bei erheblichen Verstößen gegen die guten Sitten; bei groben Verstößen gegen die Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes; bei Arbeitsunfähigkeit infolge Trunkenheit, welche im Wiederholungs-falle mit sofortiger Entlassung ohne vorherige Mündigung geahndet wird.“ Arbeiter, welche sich wiederholt Pflichtwidrigkeiten zuschulden kommen lassen, können auf bestimmte Zeit von der Arbeit ausgeschlossen werden.

Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter schon an und für sich sehr niedrige Löhne beziehen, die Strafen dagegen aber furchtbar hoch bemessen sind und diese Abschlagung ganz im Unerwarteten des Vorgesetzten steht, so kann man sich ein ungeheures Bild davon machen, wie hart und ungerecht diese Maßnahmen empfunden werden. Sind doch bei der Strafreinigung, schon Fälle vorgekommen, die an das Unglaubliche grenzen. Neben hierauf einzugehen, wollen wir uns für jetzt vorhalten. Jedenfalls sieht bei, daß auch ein Arbeiter, der diese Strafen zu leisten bekommt, bei seinem bestehenden Lebensunterhalt den Schwadriemern noch bedeutend enger zu schnürren genötigt ist.

Selbst zum Arbeiter und Zersetzungsgegenstande ihrer eigenen Kollegen sind die Arbeiter beim „Arbeitsmüßiggang“ verpflichtet. Wenn

Maschinengewehre als Agitatoren!

Das Mansfelder Streikcenter wurde in der Nacht vom 21. auf 22. Oktober mit Militär überfallen. Ein Bataillon der 66er und vier und eine Kompanie der Maschinengewehrabteilung mit drei Maschinengewehren, von denen zwei vor den Toren der Maschinenfabrik in Schuß und Beschädigung aufgeschossen wurden, sind im Zweifelsfall eingedrungen.

Lange Jahre trugen die Bergarbeiter im Mansfelder Revier geduldig ihr Joch. Lang war ihr Lohn und lang ihr Brot, doch lebten sie zufrieden dahin. Zufriedenheit sei eine Bier, hatte man ihnen gelehrt; drum bescheiden sie sich mit dem meingigen, das von dem reichbedeckten Tische ihrer Herren für sie abfiel.

Trübsinn wurde ihr Joch, bunter der Arbeit Kron! Es muß etwas geschehen, das unser kühneres Los leichter macht, des Lebens schwere Bürde mildert; das war der Wunsch, der auf aller Lippen lebte, in aller Herzen Wurzel schlug.

Auch in der Bergarbeitern Chi sang das Rufen der Massen. Aber sie gaben ihnen Steine statt Brot! „Mordaktion!“ Anprobenverne entstanden mit der Bergarbeitern Hilfe. Verbunden durch alte Tradition und überkommene Gewohnheit schloßen die Mansfelder Anproben sich diesen an, blieben sich fern von den Organisations ihrer Klassenbewußten Kameraden.

Waren es nicht „baverlandslose Gesellen“, wer es nicht „eine Rolle von Reimchen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“, die ihnen zuerst, sich zu organisieren und dann bereit zu kämpfen für Brot und Recht? Sie vertriehen ihr Ehr den „Savern“, „Vaterlandstreue“ Anproben wollten sie heißen.

Longe Zeit merkten die Bergarbeiter nicht, daß sie gegen ihre eigenen Interessen kämpften, wenn sie in den „Arbeitsmüßiggang“ Versetzen um die Gasse der Proleten waren und den „Loblichen Bergarbeitern“ huldigen ließen. Warum blieben sie und gut genant! Das Evangelium von der Erlohung der Arbeit durch die Soldatenarbeit der Arbeitweisen fand unter ihnen keine Ahnung und keine glanzvolle Beweise.

Doch auch die Rot hat ihr Gebot, und der kühnende Woggen ist überall Revol! Die Mansfelder Anproben erkannten, daß man sie nicht!

Da lag der Rausel aus der Hand voll harter Schwelien, das Grabsteinen erlöste, ein and' Licht ging ihnen auf. Ein frohes Lachen ging durchs Revier. Wo künft der Sommer kühler, was-tagen Zählung erlöste, ward's hell. Zuerst war die Lösung; dann, stumpt! Und umgehoben blieben Erz und Schiefer in der Erde tiefen.

Es trübten im kühnen Land. Da gab's kein Bögen und kein Katten mehr. Verlorenheit auf Verlorenheit blieb der Arbeit fern. Erwacht war der Löwe Proletariat; nun regt er seine Francken.

trotzdem der Arbeiter nicht ermittelt wird, so müssen alle Arbeiter gemeinlich für den anerkannten Schaden büßen! (Was? nur beim Wirtsch! Wer garantiert dafür, daß der eventuelle Schaden immer nur von den im höchsten Dienste stehenden Arbeitern anerkannt werden ist?)

Aus den hier nur teilweise angeführten Bestimmungen ergeben die Leser so recht, was für ein Wien in der Potsdamer Kommunalverwaltung nicht und in was für einem Anarchistischer Verhältnisse sich die dortigen städtischen Kollegen befinden. Es wäre also wahrlich an der Zeit, wenn sich unsere Potsdamer Kollegen aufhellen und gegen solche Schicksalsbestimmungen Sturm laufen. Doch die Arbeitsverhältnisse im einzelnen ein sprechende "Blüten" aufweisen, werden wir ein andermal näher kennzeichnen.

M. H.

Aus den Berliner städtischen Gasanstalten.

Das schändliche Vorgehen der Arbeiterausschüsse der fünf Berliner Gaswerke fordert die Erkenntnis, wo eigentlich das größte Hindernis für eine soziale Fortentwicklung des Arbeitsverhältnisses zu finden ist. Es in den Anträgen, die in den letzten Wochen der Arbeiterschaft erfahren in sehr vielen Fällen schon keinen der Diktator eine Ablehnung. Manachend ist hierbei das Interesse der finanziellen Ausbeutung der Werke. Die Betriebsleitungen sollen möglichst niedrig gehalten werden. Die momentane Unternehmung durch die Diktator der Betriebsleitungen "parat" mit dem Anarchisten. Derselbe bemüht sich in letzter Zeit ganz besonders, das Vertrauen der Arbeiterschaft, eine Verbesserung ihrer Lebenssituation durchzuführen, zu bekämpfen. Den Arbeiterschaften, deren Wirtschaft den Betriebsverhältnissen unbedeutend geworden, soll der Lebensstandard gesenkt werden, so sollen zur Arbeitslosigkeit herabgedrückt werden.

Einer ganzen Anzahl von Ausschüssen wurde bislang eine Abschrift der Zimmprotokolle und schriftlicher Verträge auf die nächsten Monate zugesandt. Diese selbstenständliche Erfüllung der ersten Forderung eines Arbeiterschaften manifestiert auch die Arbeiterschaft der Gaswerke durchzusetzen zu haben. Doch wer glaubt, der Magistrat werde eine Einmischung in die Arbeitsverhältnisse für die gerechte Arbeit der Arbeiterschaften machen, dann generell anerkennen? Der hochwichtige Magistrat verleihe vielmehr im Dezember:

„Daß von jetzt ab allen Arbeiterschaften keine Abschrift der Zimmprotokolle und auch kein schriftlicher Verträge ausgeben werden.“

„Die Herren sind mir!“ deklariert der Magistrat. Wie würde es dem Berliner Magistrat gefallen, daß ihm bei Verhandlungen mit irgendeiner Gewerkschaft keine Protokolle übergeben und keine schriftlichen Antworten ausgeteilt werden. Will der Magistrat die Arbeiter nur wie die Kinder behandeln wissen oder erachtet man die laienhafte Schriftlichkeit der Arbeiter nicht für genügend, als ermahnen die Behörden und Staatsbürger anerkannt zu werden. Dann bringe mit der Sprache. Es soll der Berliner Magistrat seine aufständischen Anordnungen nicht mit sozialpolitischen Phrasen maskieren.

Verstärkt man den Arbeiterschaften die notwendige Aufklärung, dann muß, unter eventueller Ausschaltung derselben,

Ran reißten sich auch die bisher „leidstrennen“ Anappen ein in die Arme der Hoffenbewußten Kämpfer. Mit schnellem erkannten sie, wo ihre Hände hängen und daß ein Haben und Trauben nur gilt! —

Nur wenige Vertreter fanden sich. Doch einige immerhin. Von Polizisten und Gendarmen eskortiert schickten diese zum Werkplatz, ihr trauriges Geschick auszuüben. Das Wagnis der Vertreter brachte auf ihren Rücken, und mit frechem Gohn und Spott suchten sie es zu überwinden. — Da riß einigen Streitenden die Gebuld; sie standen noch nicht lange genug im Straßenkampf, um schon alle Reaktionen des Gefühls in eigener Gewalt zu haben. Einige Streitbrecher wurden verprügelt.

Ran hatten die Verurteilten leichtes Spiel, um ihrer rade schmerzhaften Wut die Regel schenken zu lassen. Sie schlugen Alarm, und die ihnen allseitig dienwilligen Heisterama Lände — Richter im Zivilrecht — zogen die Rollen. Nicht von unfreiem Mitleid mit dem von unfernen Platz, die man zum Waffenhandwerk preßt, die findet man gegen die einzelnen Politischen im Geißel!

Es kann vorkommen, daß ihr eure eigenen Verwandten und Brüder niederschlagen oder haben müßt! Diese Scherenschnittarbeit kann durch eine Wirtschaffen werden. Auf dem Weg an den Wirtschaffen! Die Arbeiter ehe dem für andere Werte stehen und ihren Schweiß verabschieden, da

der Kampf um die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation mit allen Mitteln angegriffen werden.

Die Verfügung des Magistrats ist um so unverkündlicher, als der Oberbürgermeister kürzlich einer Deputation der Berliner Arbeiterschaft gegenüber behauptet hat, auch er wünsche, daß die Arbeiterschaft ihre Wirksamkeit erweitern, einen größeren Einfluß gewinnen und das volle Vertrauen der Arbeiterschaft genießen. Auf dem vom Magistrat beschrittenen Wege wird das Gegenteil eintreten.

Auf einem anderen Gebiete hat sich der Magistrat ebenfalls mit Ruhestelle. Am 7. Mai 1907 erließ der Magistrat eine Erlaubnisverordnung, wonach allen Handwerkern

„7 Tage Urlaub bis zu 10jähriger Dienstzeit und bei längerer Dauer 10 Tage Urlaub zu gewährt sei.“

Als die Arbeiterschaft die Anwendung dieser Verfügung auch auf die Handwerker der Gasbetriebe beantragte, behauptete die Diktator und die Gasdeputation: „In den Gasanstalten werden keine Handwerker beschäftigt, folglich läßt diese Verfügung auch für die Gasbetriebe nicht in Betracht.“ Der Magistrat als nächste Instanz behauptete dasselbe. Er aber die vorgenannten Behörden alleinstimmig unter all den Handwerkern der Gasanstalten auch nur einen einzigen finden, der das glaubt, dürfte mehr als fraglich sein. Solche Ausreden sind denn doch etwas zu wohlfeil.

Doch trauriger kommt das Unbewußtsein mit dem Nichtbewußtsein der Arbeiter in einem anderen Punkt zum Ausdruck. Der Magistrat lehnt es nämlich, wie die Deputation auch, ab, den Arbeitern, die ohne ihre Verhältnisse auf Anordnung der Verwaltung aussetzen müssen, den Arbeitstag voll zu bezahlen. Der Magistrat weiß, daß für die in Frage kommenden Fälle die Gasdeputation vom Gewerbeamt verurteilt wurde, den vollen Arbeitstag zu bezahlen. Alle Arbeiter aber, so rechnen wohl der Magistrat, werden ja nicht faulen, und so können wieder ein paar Mark für den Betriebsüberdub gepart werden.

Die Kollegen sehen also, daß die rücksichtslosen Anordnungen der Betriebsverwaltung am letzten Ende bei dem Berliner Magistrat ihre Bestätigung finden. Diese Erkenntnis wird uns auch die Wege weisen müssen, dem Uebel an seinem Ursprung zu begegnen.

Unsere Mitgliederbewegung in Südbayern.

Als unser Verband im Herbst 1901 in München einrückte und trotz fleißiger Arbeit der ersten Verhandlungen am Ende erst lange Zeit später eine dreizehntägige Zahl den Mitgliederstand über 1000 anzeigte, da gab es wohl Reklamationen gegen die zu unserer Organisation kein richtiges Vertrauen hatten. Mit einem gewissen Mangel des Mitleids blieben die anderen Organisationen auf den „Reklamation“, der sich vermahnt, diese Forderungen von gemeindlichen und staatlichen Arbeitern anzunehmen und zu unterstützen. Den Kampfbrüdern zu erzielen. Man sieht das nämlich für eine geradezu unmögliche Aufgabe, ein ausdauerndes Verlangen.

Wahlüberworte in man in den freien Gewerkschaften im Laufe der Jahre von dieser provinziellen Auffassung abzukommen; was schon der Umstand beweist, daß man sich nun alle Wahlen nicht, auch die Land- und Reichswahlen, an die unglücklicherweise heranzukommen ist als damals an die städtischen Wahlen, für die Organisationen zu gewinnen. Unser Verband ist freilich im Laufe der

starken den Streitenden eben so Murre entgegen, bereit, den ehemals reißtrennen Anappen den todsichigen Gruß entgegenzubringen, ihre abgeroderten Leiber zu zerlegen und den Streitlot mit ihrem Herzblut zu rösten!

Das 36. Infanterieregiment rekrutiert sich zumeist aus Mangsfelder Vergleuten! In die Heimat wurden sie geschickt mit Waffen in den Händen und sechs scharfen Patronen in den Taschen, um auf Kommando Vater und Mutter, Bruder und Schwester, Freund und Feind zu werden! Im Dienst des Kaiserreichs, das auch sie ausbeutet und inhaftet, sollen sie zur Menschenjagd bereitet werden!

Wieder kannten die Mangsfelder Vergleuten den Sozialismus kaum. Fremd, ja feindlich hielten sie ihn zumeist gegenüber. Nun lauten ihnen die Reden auf ihre Pracht geschickten Worten, machen die Heiligkeit der neuen Zeit! Die Schuppen mag es jetzt von ihren Augen lösen und für alle Zeiten wird nun der Sozialismus in ihren Herzen eine Stätte finden. Die reich neuen Anordnungen von gütigen und die Revolutionen von morgen, und die Wahlkampagne, was ihre Verheerung anrichten, die mehr vollenden als alle Reden, Anschläge und Lügen!

Schauen und schmecken! Die Massen, die im Mangsfelder Revier zu sein, wer laßt uns dann, daß sie nicht auch erst auf unsre Partei gerichtet werden! Feind, ihr seid die Feinde! — Die Massenorgane und Agitatoren!

Et. Geise.

Notizen für Gasarbeiter

Hamburg. In den Betriebsversammlungen der Sandwerker der Gaswerke und des Lagerhauses Ciffenstraße, am 13. und 11. Oktober, wurde die Frage des Anfangslohnes erörtert. Auf den Gaswerken betragen die Sandwerkerlöhne, mit Ausnahme der Löhne der Rauer und Hammer, 1,50 bis 1,10 Mk., auf dem Lagerplatz Ciffenstraße gar nur 1,10 bis 1 Mk. ...

Aus den Stadtparlamenten

Kassel. In der Stadtratsversammlung vom 21. Oktober fragte Stadt. Abgeord. Zick, an, wie weit der Magistrat gekommen sei mit der ihm schon im Juni vorgelegten Vorlegung, endlich der Aufhebung der Beamtengehälter eine Aufhebung der Löhne der nachfolgenden Arbeiter vorzubereiten. ...

Aus unserer Bewegung

Münster. In Gumbertus 'Wirtschaft' steht am 20. Juni, am 16. Oktober, eine gut besuchte öffentliche Versammlung der hiesigen Arbeitervereine stattgefunden. ...

müßten doch einmal die Grundfrage aufwerfen, wieviel eigentlich ein Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt braucht. Sie wurden dann auch der Aufhebung zugegen, daß die Lohnaufbesserung von den Gesichtspunkten der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise geleitet werden müßte. ...

Hant-Willhelmsbaven. In der letzten Sitzung am 15. Oktober in der Arbeitervereine wurde eine öffentliche Versammlung der Arbeitervereine ...

werden soll, damit die Stadtverwaltung auch etwas Rastermäßiges schaffen kann. In einer Reihe derartiger Städte bestehen solche Arbeiterordnungen, die auch von Rechten der Arbeiter sprechen und nicht nur von Pflichten. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, wonach die Kollegen sich immer mehr mit der Arbeiterbewegung betraut machen sollten, wurde die von gut besetztem Geiste verlaufene Versammlung gelöst.

Oörlin. Auf vielfachen Wunsch der Frauen unserer Mitglieder fand am 16. Oktober eine Versammlung mit Frauen statt. Der Vorsitzende Fretzler hielt einen Vortrag über: „Die Frau im heutigen Wirtschaftsleben“. Redner kam zuerst auf die neuen Steuern und die damit verbundene stärkere Belastung des arbeitenden Volkes zu sprechen. Während auf der einen Seite für Koloch Militarismus die Ausgaben der Armen immer mehr zu belasten, indem man ihnen die wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel ganz unerbittlich verteuert, und auch dadurch noch größere Volksschichten brot- und arbeitslos macht. Ganz besonders hat die Frau unter diesen Verhältnissen zu leiden. Sie wird immer mehr der häuslichen Entzogen, um für den allernotwendigsten Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit mit beizutragen. Darum sei es auch Pflicht der Frauen, sich zu organisieren, denn von den neun Millionen erwerbstätigen Frauen gehört nur ein kleiner Teil, nämlich 13000 einer Organisation an. Aber es geht auch auf diesem Wege vorwärts. Nach dem kürzlich aufgenommenen Vortrage gab Kollege Dreßler den Marktbericht. Alsdann erstarrte Kollege Bachmann den Marktbericht und gab bekannt, daß die Gesellschaft Wackerberg in kurzer Zeit hier eine Vertretung geben wird. Auch wurde auf den Entlohn in Wans hingewiesen und den Kollegen aus Herz geklagt, streng diese Letztere zu meiden.

Hamburg. Eine Versammlung der Zigarbeiter am 15. Oktober bei Hennina, Niederstraße, beschäftigte sich mit der Vertretung des Arbeiterausschusses und dem neuen Vorkauf. In der Versammlung wurde beschlossen, die Vertretung zu beantragen. Zunächst wurde die Frage erörtert, ob es nicht zweckmäßig wäre, für den Tag- und Nachtarbeit verschiedene Ausschüsse einzurichten, und zwar dergestalt, daß von vier bis vier Wochen die eine, welche Nachtdienst hat, in den Tagdienst tritt und umgekehrt. Die Vertretung entschied sich für diesen Modus und beschloß, sich diesbezüglich an den Arbeiterausschuß zu wenden. Bezüglich der Vertretung wurde berichtet, daß für den Zigarbetrieb bei zehnstündiger Arbeitszeit folgende Löhne gezahlt werden: 1.20 bis 1.50 Mk. pro Tag; Altkarrierter, Mobiler und Aufstiegs: 1.90 bis 2.20 Mk. pro Tag; Lagermeister: 25 bis 31 Pf. pro Woche; Arbeiter im Zigarren bei achtstündiger Arbeitszeit erhalten 1.20 bis 1.50 Mk. pro Tag. (Einschließlich 10 Pf. pro Tag für Vorkaufzahlung außerhalb der Arbeitszeit.) An den Vorarbeiten für die Zeitungen in Etern, Wagnen und Weihnachts darf die Arbeit nachmittags 4 Uhr und am jeden Sonntag eine halbe Stunde früher als an den übrigen Arbeitstagen beendet werden, ohne daß dafür ein Vorkauf erfolgt. Ausgenommen sind die Zigarbeiter und die Wagnen. Für Wagnen an Sonn- und Feiertagen wird der Vorkauf der ungarischen Arbeiter ohne Zahlung von 25 Proz. bezahlt. Die Lohnzahlung werden dreimal nach je zwei Jahren in Höhe von 10 Pf. pro Tag gegeben. Die Alterszulagen treten jedesmal mit der ersten vollen Lohnwoche im Januar und im Juli ein, und zwar für die Arbeiter, deren Dienstzeit vom 1. Oktober bis einschließlich 31. März an gerechnet wird, im Januar, für diejenigen, deren Dienstzeit vom 1. April bis einschließlich 30. September an gerechnet wird, im Juli. Bei Beförderung in eine höhere Lohnklasse treten diejenigen Arbeiter, die bereits einen den Anfangslohn der höheren Klasse übersteigenden Lohn bezogen haben, in die nächsthöhere Lohnstufe der neuen Klasse über. Bei Feststellung des Lohnes wird die volle Dienstzeit in der betreffenden Lohnklasse anzurechnen. Der Arbeiterausschuß sei bemüht gewesen, die Vertretung zu veranlassen, daß alle ihre unterstellten Arbeiter nach gleichen Grundsätzen in den Wagnen bzw. Nachlohn kommen. Die Arbeiter habe jedoch erklärt, darauf nicht einzugehen zu können. Die Gründe dafür seien nicht mitgeteilt worden. Über diesen Bericht erwiderte sich eine lange, lebhafteste Debatte, in welcher sich alle Redner sehr über die Vertretung äußerten. Die Arbeit in den Zellen sei schwer, gefährlich und äußerst ungesund. Für solche Arbeiter, welchen gerade jetzt hohe Löhne bezahlt werden. Die Maßnahmen, in deren Ausführung die Interessen dieser Zellen veranlaßt werden, werden durch diesen Grund nicht billigen. Da dieser Gegenstand wurde die Vertretung des Arbeiterausschusses kritisiert, weil er nicht darauf gedrungen habe, daß die Vertretung die Vertretung mit ihm vereinbare. Bevor die neuen Vertretung in Kraft treten können, bitte man den Zigarbeiter-Vereinigungen die Vertretung vorlegen lassen, die man dann darüber bestimmen wird, ob man sie annehmen will. Der Arbeiterausschuß erklärte, daß den Arbeiterausschuß keine Vertretung treffen konnte. Was nach Zahlung in ihm möglich gewesen wäre, habe er getan. Deswegen werde die Vertretung auch in diesem Punkte noch empfinden. Es wurde eine Resolution angenommen im Sinne des von uns wiederholten Vortrages, in welcher die Vertretung ihr stärkstes Wohlwollen über die den

Zigararbeitern widerfährende Zurücksetzung ausspricht und den Arbeiterausschuß beauftragt, einen Wochenlohn von 27 bis 30 Mk. zu beantragen.

Lübeck. Anfangs März d. J. wurde seitens unserer Filiale der Vorberede ein Vorkauf unterbreitet, der so minimal abgefaßt war, daß wir hofften, es würde unseren Wünschen Rechnung getragen werden. Im April wurden die Arbeiter dann wiederholt vorstellig beim Vorkaufdirektor Stüdemund. Aber immer wurden vorstellig beim Senator Evers. Als sie von dort zurückkehrten, wußten sie auf einmal, von wo der Wind wehte und welcher Geist in der Vertretung herrschte. Dann kam die Antwort! Das Kilometergeld wurde gekürzt, indem es von 3 auf 6 Kilometer vergrößert wurde, und so nur die Hälfte bezahlt wird. Am 21. Mai wurden zugleich 30 Arbeiter entlassen! Als die Vertretung noch nicht in Ruhe gelassen wurde und abermals ein Schreiben eingereicht war, wurden wieder Arbeiter entlassen, wenn auch nicht entlassen. Man war vielleicht der Meinung, nun würden die Kollegen wohl ruhig sein! Dann wurde den Arbeitern bekanntgegeben, daß Eingaben nicht mehr beantwortet würden, wenn sie direkt durch die Arbeiter gesandt würden, sondern sie müßten von dem Vorarbeiter an den Unterbeamten und auf diese Weise an den Senator kommen! Das geschah. Darauf kam dann am 16. September d. J. folgende Antwort: „Die Arbeiter müßten sich noch gedulden, die Sache ist noch nicht so weit.“ Auch Senator Dr. Störs hatte bei der Verhandlung im Juni gesagt, es solle keine Wochen und Monate dauern. Aber dennoch ist dessen Antwort bis jetzt nicht erfolgt. Dabei sind schon Monate und Wochen vergangen. Die Arbeiter der Gieß-, Wäcker- und Elektrizitätswerke haben ihrer Vertretung eine Eingabe unterbreitet um Lohnverbesserung, jedoch ohne Erfolg. Es bedarf also erneueter Anstrengungen der organisierten Kollegen, um unseren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen.

Mannheim. Am 14. Oktober hielt unsere Filiale ihre Generalversammlung ab. Der Arbeiterausschuß hatte in einer Sitzung am gleichen Tage sich mit der Lohnfrage beschäftigt. Dort wurde der Vertretung gefordert, von einer allgemeinen Lohnforderung abzulassen, sondern eine Teuerungszulage von 20 Pf. für alle städtischen Arbeiter zu fordern. Dieser Beschluß wurde der heutigen Generalversammlung vorgelegt. Vorsitzender Sedemann erstattete Bericht über den Gang der Ausschüssung und legte die Gründe dar, welche den obigen Beschluß rechtfertigen. Unter anderem wurden die Löhne in den Privatbetrieben ausführlich geschildert. Der Referent empfiehlt, den Beschluß des Ausschusses bis zur endgültigen Regelung des Vorkaufs zur Annahme. Dies geschah ohne weitere Debatte. -- Den Marktbericht erstattete Kollege Herrlich. Das Stimmverhältnis ergab 11.10 Mk. Mitgliederzahl. Der gesamte Marktstand beträgt 1747.55 Mk. Die Mitgliederzahl 962, davon 62 weibliche. Die Jugendbildung hier am Ort sowie Stumpf. Er befragt die Mitglieder über die Zahl der Vertretung des Marktes, wobei er betonte, daß erfreulicherweise die Zahl der Vertretung vom Gemeindevorstand zugunommen hat. Er erforderte die Marktbesitzer, die Stimmungen regelmäßig zu besuchen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß durch die vorgenommene Vertretung verschiedene Mängel festgestellt wurden. Man müsse dafür sorgen, daß die Mitgliederbücher in gutem Zustande erhalten werden und die Beiträge auf dem Laufenden sind.

Mülhausen. Vom 22. bis 25. September fanden hier die städtischen Arbeiterausschüsse zum erstenmal unter dem neuen Namen statt. Gewählt wurde getrennt nach Betrieben, und zwar auf je 10 Arbeiter ein Vertreter und ein Ergänzungsmann. Wahlmännchen aber je ein Vertreter und ein Ergänzungsmann. Wahlmännchen sind alle volljährigen Arbeiter, wählbar alle solche nach zweijähriger Dienstzeit. Sämtliche Vertreter bilden einen Ausschuß, die Amtsdauer ist zweijährig, und es findet jährlich hälftige Erneuerung statt. Da aber als Wahltermin in Zukunft der 1. April gilt, so findet erst am 1. April 1910 die für die erste Ausschüssung nötige Auflösung statt. Die Wahl erfolgte nach dem Proporzwahlverfahren, um auch den Christlichen eine Vertretung zu ermöglichen, wodurch aber nur deren Vertretung so recht demontriert wurde. Zu wählen waren 21 Vertreter und ebenso viele Ergänzungsmänner. Das Ergebnis war folgendes: 16 Vertreter und 18 Ergänzungsmänner und 1 es Betandes, von den „Christlichen“ 1 Vertreter und 2 Ergänzungsmänner; unorganisiert sind 1 Vertreter und 1 Ergänzungsmann. Vom Zentralpersonal, vom Theaterweber wird die langste Dienstverpflichtung, vom Theaterpersonal die langste Arbeitszeit verlangt, ohne daß dafür ein angemessener Lohn bezahlt wird. Und trotzdem lassen sich diese Angehörigen von den Kollegen unter ihnen, die materiell am besten gestellt sind, Anreden predigen und Mänteln und stampfen hochheilig heimlich über die falschen Verhältnisse. Sie haben sich auch bei der Ausschüssungwahl leider arg hingeritten durch Stimmerspaltung

Votodam. Nach langen Mühen gelang es nun endlich, auch unter den höchsten höchsten Arbeitern Ruhe zu lassen. Eine Anzahl Kollegen gehören jetzt unserem Verbande an. Die Aussicht auf den Antritt noch weiterer Kollegen ist ebenfalls vorhanden. Die Vorstande mögen haben es eben satt bekommen, sich noch auf längere Zeit mit den langen Vorkäufen zufriedenzustellen. Die Forderungsbekämpfung mit ihr übriges und werden besonders drückend und empörend auf sie. Die Erkenntnis des zukünftigen Gehaltsgefühls und die Notwendigkeit der Organisation bricht sich also hier Bahn. Es ist dies auch durchaus an der Zeit! Wir hegen die neuwennenen Kollegen willkommen und hoffen, daß sich auch noch die demütigenden unserer Verbände andeuten, damit es ihnen gelingt, bald bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

◆ **Aus den deutschen Gewerkschaften** ◆

Die Entwicklung des Arbeitstarifvertrages bis zum 1. Juli 1909. Der Zentralverband der Maurer war beteiligt Ende 1907 an 671 Verträgen für 781 Wohngebiete mit 7876 Erten, 11 361 Betrieben und 149 619 Arbeitern. Die Statistik des Zimmererverbandes weist für Anfang 1908 407 Verträge auf, letztere für 2861 Erte mit 3947 Betrieben und 46 216 Zimmerern. Im Sommer 1908 wurden sodann zwischen den Organisationen der Arbeiter im Baugewerbe und den Unternehmerorganisationen 191 Verträge, die für 142 Vertragsgebiete und bis 31. März 1910 gelten, abgeschlossen, an denen die Maurer 147mal, die Zimmerer 125mal und die Baubüchsenarbeiter 8mal beteiligt sind. Im Stein- und Ziegelgewerbe beendeten 1907 127 Tarifverträge für 551 Betriebe mit 9231 Arbeitern; jetzt wird ein einheitlicher Tarif für das ganze Reich geschaffen. Auch im Malergewerbe geht die Entwicklung hart auf die Schaffung eines Reichstarifs hin. Ebenso steht das Stukkaturgewerbe vor dem Abschluss eines Generaltarifvertrages für das ganze Gewerbe in Deutschland. Die Tapezierer hatten Ende 1907 an 103 Erten Tarifverträge. Die Glaser haben 1908 an 6 Erten Tarifverträge abgeschlossen. Der Holzarbeiterverband war Ende 1907 an 154 Tarifverträgen für 11 029 Betriebe mit 93 643 Personen beteiligt. Der Metallarbeiterverband hatte 1909 375 Verträge für 11 169 Betriebe mit 91 570 Arbeitern. In der Textilindustrie beendeten 1908 17 Tarifverträge für 94 Betriebe mit 9891 Arbeitern. Im Schneidergewerbe bestanden am 30. Juni 1908 276 Tarifverträge für 7579 Betriebe mit 59 050 Beschäftigten. Im Märschnergewerbe besteht bereits ein Reichstarif für das ganze Gewerbe; Reichstarife sind auch in der Porzellan-, und in der Glas- und Glaserindustrie in Vorbereitung. Im Brauereigewerbe bestanden am 1. Januar 1909 577 Verträge für 1218 Betriebe mit 52 045 Arbeitern. Der rund 18 000 Mitglieder zählende Verband der Väder und Konditoren schloß 1906 12 Verträge für 9204 Arbeiter, 1907 23 Verträge für 5951 Arbeiter und 1908 27 Verträge für 1461 Arbeiter ab. Im Nähnengewerbe liegen Verträge für das Jahr 1907 vor, bei dessen Beginn 11 Tarifverträge für 526 Arbeiter beendeten. In der Tabakindustrie beginnt der Tarifvertrag erst jetzt Ruhe zu lassen. Im Steinmetzgewerbe beendeten nach der letzten Zahlung 151 schriftliche und 4 mündliche Tarifverträge, an denen der Verband der Steinarbeiter mit seinen 20 000 Mitgliedern beteiligt ist. Im Töpfergewerbe beendeten nach Auskunft des Zentralverbandes der Töpfer gegen 220 Verträge, die auch Großbetriebe umfassen, wie Zementwerken usw. Im lithographischen Gewerbe bestehen für durchweg Reichstarife. Eine große Entwicklung nimmt der Tarifvertrag im Transport- und Verkehr. Der 1908 über 87 000 Mitglieder zählende Zentralverband der Transportarbeiter war im Juli 1908 an rund 350 Tarifverträgen beteiligt, die für 30 000 Berufsangehörige die Arbeitsverhältnisse regeln. Der Hafenarbeiterverband hatte Ende 1908 im ganzen 84 Tarifverträge für 659 Betriebe mit 25 702 Arbeitern abgeschlossen. Der Verband der Fabrikarbeiter schloß im Jahre 1907 110 Tarifverträge für 169 Betriebe mit 10 588 Arbeitern und 1908 44 Verträge für 63 Betriebe mit 3112 Arbeitern ab. — Man ersieht aus der vorstehenden Statistik, wie sehr der Gedanke des Tarifvertrages im Wachen begriffen ist, und es wird an der Zeit, daß auch die deutschen Stadtverwaltungen ihre „Tarifbüden“ aufgeben!

Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder wird jetzt, zu Beginn des Winterhalbjahrs, von einer Anzahl Gewerkschaften in Angriff genommen. Im Baugewerbe sind für das nächste Frühjahr schwere Kämpfe zu erwarten, da die Tarifverträge Ende März ablaufen und, wie es den Anschein hat, seitens der Unternehmer nicht einer Verbesserung der Tarife, Verschärfungen geplant werden. Dies nicht nur abzumehren, sondern weitere mit schärflichen Fortschritten zu erzielen, darauf beruht der Maurerverband seine Mitglieder vor. Hierbei werden Versammlungen abgehalten, um der Organisation neue Mitglieder zuzuführen. Die genannte Organisation verlor im Jahre 1908 circa 17 500 Mit-

glieder, hat aber diese Schwarte bereits wieder ausgeweht. Von den nun ausserordentlichen Agitationsbestimmungen, deren bereits über 900 im Verbandsorgan bekannt gegeben sind, darf ein weiterer Zustrom von Mitgliedern erwartet werden. Agitationsbestimmungen anderer Zills veranfaßten ferner noch die Vergarbeiter, Sattler und Portefeuille, die Verbände der Tapezierer, Schneider und Textilarbeiter. Wie wir indessen aus den diesbezüglichen Berichten in der Gewerkschaftszeitung ersehen, hat in den kleineren Organisationen diese „aggressive“ Agitation wenig Erfolge gebracht. Zeit das Gaultier rühmte in allen Verbänden Eingang gefunden hat, dürfte die früher allgemein übliche Methode der großen Agitationsreisen immer seltener seinen Zweck erreichen. Der mit den Tarifverhältnissen gut vertraute Gaultier wird sich nicht in der Lage sein, den agitativen Ansprüchen der Mitglieder seines Gewerks zu genügen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat sich ein neues Statut gegeben. Die Zusammenfassung des Ausschusses erfolgt nunmehr nach Industriegruppen. Nur die gemischten Berufe wurde als Vertreter in den Ausschuss unter Mithilfe Wukin gewählt.

Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte. Die Vereinigung der drei großen Transportarbeiterverbände — der Seelenie, Hafenarbeiter und Transportarbeiter — zu einem einzigen temporalen Massengesche, bei am 19. Oktober eine starke Forderung erfordern. Am selben Tage und in Hamburg die Delegierten der drei Hauptverbände zusammenzutreten, um die dem endgültigen Zusammenbruch, hunderttausend Arbeiter zu bezeichnen. Anfang Dezember wird in Hamburg eine Sitzung stattfinden. Die weitere Schritte auf dem Wege zur Einheitsorganisation tun sich. Der wegen der Differenzen aufgekommene Streit über die Forderung wird nicht erregt, doch sollen die darin niedergelegten gewerkschaftlichen Grundidee für die beteiligten Organisationen ohne weiteres Geltung haben.

Eine zweitägige Konferenz der Gewerkschaftsleiter fand kürzlich in Dresden statt. Neben der Vorbereitung der Organisation für die Hausangehörigen wurde das Paar Berlin, für die Vonderarbeiter sekretäre Georg Schmidt. Nach einem Referat des Arbeiterssekretärs Kurtich Leipzig über den Schutz der gewerkschaftlichen Agitation in Sachsen. Nach seinen Angaben gehören in Sachsen 11 000 Arbeiter den gelben Organisationen an, während die Zahl der in den freien Organisationen befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen 217 000 beträgt. Er verteidigt die Meinung, daß in der Agitation die Stärkeren die Schwächeren unterstützen müssen. Referendare weist er auf den Beschluß des Zinnarbeiter Gewerkschaftsverbandes hin, demzufolge die organisierten Arbeiter ihre Frauen und Töchter den Organisationen zuzuführen hatten. Neben der Durchführung des Vereinsgesetzes durch die sächsischen Behörden sprach Arbeiterssekretär Paul Dresden. Er brachte umfangreiches Material dafür bei, daß selbst unter dem Reichsvereinsgesetz die allen sächsischen Arbeitern noch nicht angehörenden seien, so betriebs der Oberbehörden, der Veranlassung von Vertriebsverträgen, die Unterbindung zwischen sächsischen und polnischen Verträgen, die verbotene Nebenagitation gewerkschaftlicher Versammlungen. — Eine Resolution, die die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes im Sinne moderner Anschauungen fordert, wird einstimmig angenommen. Genosse Gottfried Dresden hält einen Vortrag über die Zentralisierung der Arbeitsnachweise und die Errichtung kommunaler Arbeitslosenbüros durch Staat und Gemeinde. Eine von ihm eingeleitete und nach kurzer Debatte einstimmig abgeordnete Resolution fordert Errichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen auf kommunaler Grundlage, Arbeitslosenbüros durch Staat und Gemeinde. Die Resolution fordert ferner die Gewerkschaftsleiter auf, die Gemeindevorstellungen an ihre sozialen Pflichten zu erinnern. Es wurde ferner eine Resolution angenommen, die das vielfach vorkommende polizeiliche Verbot des Streikpostens als unzulässig brandmarkt und die die Generalstreikminister auffordert, eine lebhaft propaganda dagegen und gegen die Durchführung des § 153 zu entfalten.

Genosse Karl Scharowski, der Sekretär des Hafenarbeiterverbandes, ist am 10. Oktober in Hamburg gestorben. Als Sohn armer Eltern lernte er die Not des Lebens schon früh kennen. In seiner Heimatstadt Remele kam er bei einem Zugsunfall in die Welt, ging dann später zur See und landete auf seiner Heimatstadt in Hamburg an, wo er als Hafenarbeiter Beschäftigung fand. 1903 trat er als Verbandssekretär in den Zentralverband des Hafenarbeiterverbandes ein. Scharowski ward im Alter von 42 Jahren an einem bösenartigen Magenleiden. Die ganze Mühseligkeit des Protestantenlebens hat er am eigenen Leibe kennen gelernt. Scharowski war einer von den Zillen im Land; unermüdet und unerschrocken war er für die Interessen der Hafenarbeiter tätig. Scharowski lebte in hundertfacher Ehe, seine alte, kranke Mutter in Remele, die er regelmäßig unterstützte, verlor in ihm einen treuherzigen Sohn und der Hafenarbeiterverband einen seiner treuesten Mitglieder und eine hochschätzte Arbeitskraft.

Der Allgemeine Deutsche Gärtner Verein hat u. a. eine Spezial-Kommunikation für die Gärtner und Gartenarbeiter in Stadt- und Landgemeinden herausgegeben. Das Feld der privaten Autonomiebestätigung ist zwar noch reichlich groß. Es kommen noch diverse Behutsamkeiten in Betracht. Aber was verbleibt? Man glaubt ausgerechnet hier bei uns den Nebel anheben zu müssen. Soweit unter Martellvertrag dem nicht im Wege steht, haben wir dagegen natürlich nichts einzuwenden, nur damit uns die Gewinnung, erst die häuslichen und dann die privaten Gärtner nützlich für die Organisation zu gewinnen, als recht nützlich. Doch dem Ansätze des Kollegen Albrecht mit seinen Mitteln über unsere Organisation, selbst bei den eigenen Mitgl. sind, um als Maßstabler E. Martier auf den Plan, der in der Hauptstadt das Material dieser Nummer bearbeitet hat. Wie können nicht finden, den in diesen die Mittel nun "aber aller Mittel" waren. Insbesondere ist das zu lösen von dem Artikel V: "Welche Organisation ist die vorzuziehende?" Innerhalb der Organisation der Damburser Grenzschutzvereinsorganisation und der Berufsorganisation des Wert gewerd, obwohl auch der A. D. G. B. war keine Berufsorganisation im strengen Sinne mehr ist, denn die Gartenarbeiter und verchiedene andere "Gründen" sind vernünftigerweise von dieser Organisation nicht mehr ausgeschlossen, weil der Zusammenhang nach Betrieben dem A. D. G. B. mit Recht wiederholter erklärt. Der herrschende Gedanke dieses Artikels: "Der einzelne ist im kommunikativen mit einer Gruppe, die vereinbarte Arbeiterkraft repräsentiert oder eine Partei, die bei der nächsten Operation ihren Willen durchsetzen kann" wird von unserer Berufsorganisation in die Tat umgesetzt. Der einzelne Gärtner oder Gartenarbeiter in einem bestimmten Zusammenhang einer Person oder einem familiären Zusammenhang ist erregend, mit seiner Berufsorganisation etwas zu erringen, nur durch Vereinigung der gesamten häuslichen Arbeiter entsteht eine Macht, die von der Normung respektiert werden muß. Das beweisen mehr wie alle Bestimmungen unsere Erfolge!

Die Bauarbeiter-Konferenz für die Provinz Sachsen und das benachbarte Anhalt fand am 17. Oktober in Magdeburg statt. Über die wichtigste Beschlüsse der Bauarbeiter-Konferenz siehe die Sammler. In einer Resolution wurde festgestellt, daß eine rechtmäßige und wirtschaftliche Heberhebung der Steuern, besonders die durch Mehrwertsteuer der Arbeiter selbst entstehen kann. Aber eine wichtige Funktion für den Bauarbeiter-Konferenz referierte A. M. Die Beschlüsse der allgemeinen Resolution machte es der Bauarbeiter-Konferenz zur Pflicht, überall, wo es notwendig ist, eine lokale Bauarbeiter-Konferenz einzusetzen. Dem Bericht über unsere Kollegen Strauß, die an dem freiwirtschaftlichen Bauarbeiter-Konferenz zu beteiligen, um bei Unfällen sofort Hilfe leisten zu können, wurde zugestimmt.

Die deutschen Frontbeamten sind, besten gegenwärtig auf: 15 landwirtsch. Verbände mit 112.259 Mitgliedern, 15 landwirtsch. Verbände mit 112.259 Mitgliedern, 8 Verbände der Bauernbeamten mit 15.226 Mitgliedern, 6 landwirtsch. Verbände mit 15.226 und 11 landwirtsch. Verbände mit 6.697 Mitgliedern. Insgesamt sind in diesen Verbänden 716.592 Personen organisiert.

Der Kampf der Charakter der meisten dieser "Landesvereine" nach die nötige Entschiedenheit und Monotonie gewinnen.

Ein Streitender erhoben. In Nürnberg wurde der 46 Jahre alte Drechsler Heinrich Wendler, der an dem Streit in der Gesundheitsreform, Wolff beteiligt war, mit schweren Enden entlassen, an denen er nach Bestimmung ins Krankenhaus kam. Ein Streitender namens Gahner wurde als Täter ermittelt und aus der Klinik hinaus verbannt. Die Verurteilung des Genossen Wendler gestattete sich in einer Demonstration der Nürnberger Arbeiter-Konferenz. Genossen nahmen im Gefolge teil. Mari Gahner hielt eine erregende Ansprache am Ende. Der Nürnberger Kampf der Gesundheitsreform, den der Gesundheitsreform-Konferenz führte, ist nunmehr beigestellt und ein Verbot erlassen worden.

◆ Rundschau ◆

Politische Betrachtungen. Die Wogen der politischen Erregung gehen in diesen Tagen ungewöhnlich hoch. Aber nicht in panischer Überstürzung der Tagesereignisse an sich vorübergehen, sondern gewollt ist, daraus zu lernen, dem Fiskus sich gegenwärtig ganz besondere Gelegenheiten. Insbesondere wird der 21. Oktober d. J. in die Geschichte mit einem Griffel eingegraben sein. An diesem Tage gelang der Sturz des reaktionären Maura-Kabinetts in Spanien, das mitverantwortlich war für den schmerzlichen Tod Ferrers, der einige Wochen seiner Heberhebung hinabgeraten werden ist. Er war für freie Schulen und freie Arbeit; aber der allgewaltige Maura in Spanien machte beide, etwas von Arbeit noch von Erziehung wissen. So wußte man die herrliche Regierung

zu bestimmen, den verhassten freien Geist mit den alten Mitteln der Inquisition zu kammern. Aber die Zeiten im übrigen Europa sind andere geworden! Madrid erhebt ihre Stimme gegen solche Kulturkämpfer, und als der Millionenprolet bis weit in die Reihen des Bürgertums seinen Widerhall fand, als an allen Kulturzentren Kundendemonstrationen für Ferrer erfolgten, da war zwar der Verb Ferrers bereits dem Verfall verfallen, aber der Geist Ferrers schaffte sich freie Bahn, und selbst in Spanien - dem dunklen Erdteil Europas - mußte man dem vereinigten Ansturm der freien Geister Europas Rechnung tragen und das "amerikanische" Maura-Kabinet wurde durch ein liberales mit Moret an der Spitze ersetzt. Es muß nun ernstlich daran gehen wird (sanft der Verpöberung von Weid und Mendelhaft in Afrika, für Schulbildung des Volkes zu sorgen, Moret abzuwarten. - Aber der 21. Oktober ist auch ein besonderer Feiertag des arbeitenden Volkes, weil in Baden wie in Sachsen die Landtagswahlen ein reichhaltiges Anzeichen der sozialdemokratischen Wähler mit sich brachten. Von circa 50.000 auf 87.000 stieg unsere Stimmenzahl in Baden und auf den ersten Stieb errangen wir 10 Sitze, während wir an weiteren 29 Stimmabgaben teilnahmen. 16 Sozialdemokraten im ersten Wahlgang, an 33 Stimmabgaben und wir beteiligte darunter auch unser Kollege Schwardt-Verzigt. Wegen die vier u. G. zu Unrecht kassierten Landtagsmandate in Preußen, die in diesen Tagen zur Wahl stehen, von unseren Genossen behauptet werden und möge der Ansturm gegen die preussische Dreiklassenwahl neue Impulse erhalten durch unsere Siege in Sachsen und Baden. - Das liberale Bürgertum hat unterdessen eine neue Strophe ihrer nun schon jahrelang erklingenden Einigungsarie, die aber zu keinem bestimmten Abschluß zu kommen scheint. Selbst der Ansturm der Reichstagswahl in Mecklenburg, wo wir glanzvoll siegen, bringt nur die "radikalen" Wähler des Fortschritts zur Teilnahme. Die bekanntesten sozialdemokratischen Stimmabgaben zu gewinnen der Sozialdemokraten bei den Stimmabgaben. - Auch werden wohl wie bisher Prediger in der Bunde bleiben. - Auch die für uns besonders wichtigen Stadtverordnetenwahlen finden gegenwärtig an vielen Orten statt. Hoffentlich haben unsere Kollegen sich überall regen beteiligt und aus ihrem Herzen keine Würdegrube gemacht. - Aus der Fülle interessanter Vorgänge sei noch die Karenzreise nach Italien erwähnt, die einem "Gesandten" verdammt ähnlich sieht. - Wie verläuft, soll der Reichstag am 30. November eröffnet werden. - Die gegenwärtige Zeit erfordert von jederseits viel Anspannung und Arbeitsamkeit in der Arbeiterbewegung. Wir erwarten, daß die Zahl dieser, die diese Frontarbeit zu leisten hat, unter unseren Kollegen sich fortgesetzt vergrößert!

Prozess gegen die Stadt Altona. Der Verein der Militärärzte hat beklagt, gegen die Stadt Altona auf gerichtlichem Wege vorzugehen, um die Stadt zu veranlassen, bei Pensionierung militärischer Beamter, die eine Militärpension beziehen, diese Militärpension nicht mehr zum Abzug zu bringen, sondern die Beamten ihre volle Pension auszus zahlen. Die Beamten setzen sich auf das Reichsgericht, während die Stadt sich auf ihre alten Erstatute beruft und die Beamten auf ihre Dienstverträge hinweist, in denen die entsprechenden Bestimmungen enthalten sind. Um die Sache durchzusetzen, ist vorläufig ein Fall zum gerichtlichen Auszug bestimmt worden. Der Ausgang wird auch für unsere Kollegen von Bedeutung sein können.

Der Direktor der Berliner Straßenreinigung Szalla sprach kürzlich über den "Straßenhaub und dessen Bekämpfung" in der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege. Im Gegensatz zu Hamburg und zu anderen deutschen Großstädten sei in Berlin der Asphaltbelag während der letzten Jahre sehr gut erhalten worden. Im letzten Jahre seien die Berliner Straßenreinigungsdienste drei verschiedene Maßnahmen. Mit dem rasch einwachsenden Verkehr hat sich auch die Staubplage vermehrt und damit zugleich die Gesundheitsgefahr. Dem Hauptverursacher der Staubplage, dem Asphaltbelag, ist durch eine neue Methode der Reinigung des auf alle Fälle sehr viel weniger Staubreiches gemacht durch und durch erhalten. Jedoch durch die Gas des Straßenbelages durch den er gegen die Abminderung durch den Asphaltbelag im wesentlichen erreicht wird, durch eine möglichst vollkommen Entfernung der festhaftenden Schmutzpartikel und des sonstigen Staubmaterials. Dazu sind die verschiedenen Straßenreinigungsmethoden, wie solche vorläufig bei den Asphaltbelagen verwendet wurden, keine Straßenreinigungsmethoden mit vorwählender Straßenreinigung. Mehrere Maßnahmen sind vorzubereiten zur Vermeidung des Staubes durch verschiedene Ebenheiten wie Beton, Asphalt, Chlor

maasja in Betracht. Letzteres in verdünntem Zustande scheint besonders gute Dienste zu leisten. Hand in Hand mit dem Stampf gegen den Straßenaub geht die Entfernung des Straßenrautes, eine für Berlin besonders klärende und löstliche Aufgabe, denn es handelt sich um ein Areal von rund zehn Millionen Quadratmetern und um die Beseitigung von rund 170.000 Kubikmetern Straßenabfall. Gleichwohl ist es gelungen, Berlin zu einer der saubersten und reinsten gehaltenen Städte zu machen. Die Stadtverwaltung ist unermüdet bemüht, die Straßenreinigungskosten zu verbilligen; die Untersuchungen sind nach jeder Richtung hin indessen noch nicht abgeschlossen. Ramentlich gilt dies von der Frage über die Verbrennung des Straßenabfalls. Daß die Heintlichkeit der Berliner Straßen nicht zuletzt der anstrengenden Arbeit unserer Kollegen zu danken ist, vermag Herr **Esalla** aufschmend zu sagen.

Eine verpußte Staatsaktion. Auf unserem Dresdener Verbandstage hatten wir bereits Mitteilung gemacht wegen eines wider uns schwebenden Prozeßverfahrens aus Anlaß der berühmten „Göttinger Miere“. Aber nicht nur die Redaktion, sondern auch Herr **Esalla** als Verleger war von der eifrigen Staatsanwaltschaft in Göttingen angeklagt und die Herren **Henze** und **Verger**, die sich beteiligt fühlten, sollten als Zeugen dienen! Sie machten denn auch vor dem Untersuchungsrichter unter Vorweis des kollektiven Titlimer als Zeugen, der mancherlei Fragen zu stellen hatte, ihre recht umfangreichen Aussagen. Interm 21. Oktober d. J. schreibt uns nun der Erste Staatsanwalt beim Hal. Amtsgericht Berlin II: „In der Strafsache Titlimer und Genossen teile ich Ihnen mit, daß ich dem Zeugen **Henze** und dem Nebenzeugen **Verger** in Göttingen überlassen habe, wegen des in Nr. 7 der „Gewerkschaft“ enthaltenen beleidigenden Artikels „Einschläge gegen Sie zu erheben.“ Die Staatsaktion ist also verpußt. Wir sehen einer eventuellen Einschlusse in Ruhe entgegen.

Straßenarbeiten. Die Straßen und Steinmauerwerksgewerkschaft berichtet, daß im Jahr 1908 im ganzen 455 Verträge, gegen 441 im Jahre 1907 verhandelt waren. Während sich die Zahl der Verträge vermehrt hat, ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen. Im Jahre 1907 waren noch 97.989 Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1908 dagegen nur 96.994. Eine Abnahme von rund 1.000 Arbeitern. Was die Verträge? Der Bericht erwähnt nur, daß in 1908 Verträgen die Einkünfte um Anwendung gelangt und in diesen Verträgen allem 75.212 Arbeiter schon beschäftigt wurden. Die Jahresumsatzsumme eines Beschäftigten betrug für einen Vollarbeiter im Durchschnitt 1302 Mk. Bei den sogenannten Mehrschicht- und Zersplitterungsarbeiten der Jahresverdienst nur nur 800 Mk. Die Zahl der angestellten Arbeiter betrug im Vergleich zum Jahre 1907 im Vergleich. Im Jahre 1908 Beschäftigte enthielt von den 1000 Arbeiter immer noch 67,7 Prozent im Durchschnitt. Erwähnt wird, daß in 1908 der am meisten Beschäftigten im Jahre 1907 waren 17 Wochen Gehalt und ein Monatslohn. Bei 100 Arbeitern wurde wohl oder übel eine Monatsgehalt erreicht, welche in 95 Fällen den Tod, in 129 Fällen teil weise und in 177 Fällen verneinende Gewerbeaufträge in den Jahren hatten. Im 28. Januar mit 80 Kindern wurde eine Arbeiterin geboren, die die Welt der Arbeiter der Arbeiterinnen kam. Der Bericht spricht auch von den Arbeiterinnen der Industrie, welche im Jahre 1908 1455 Stempel und 206 Verträge mit 700 Kindern geschlossen wurden. Der Bericht findet wieder, daß Arbeiter der Industrie auf die Gewerkschaften sehr aufmerksam. Am in 16 Fällen wird er eine Anzahl der Unternehmer „erschreckt“ worden. „Man muß hier, in der „Gewerkschaft“ in der 21. Klasse. Er hat nämlich sehr besten, welchen Einfluß die fünf und ansehnliche Arbeitergewerkschaft in einem Betrieb auf die Arbeiter gehabt hat. In 11 Proz. der Industrie waren es Arbeiter, die kaum im Betriebe tätig waren. Von Arbeiterinnen sind zu Bericht gemacht, daß höhere Ausbildung des „Personals“ bedacht zu sein, um die Höhe zu erhalten. Darüber, welche Ursachen diese Arbeiterinnen sind, ist die Erklärung der Arbeiterinnen haben. „Wegen der Arbeit, nach dem Zustand der der letzten Arbeiterinnen konnten zusammen 254 Arbeiter beschäftigt in 148 Betrieben oder 5421 Proz. wurden 206 Wochenlohn gewonnen. Die Zahl der wöchentlichen Stunden war noch viel höher, denn der Bericht erwähnt selbst, daß im jeden Betrieb die Arbeiter gegen ein und dieselbe Person der Arbeiterinnen mit als ein Monat Gehalt hatten. Gegen 1456 Arbeiterinnen mehrere von 297 Arbeiterinnen zum Lohngehalt erhalten und nur in 85 Fällen ein einwöchentliches Heft über die Gewerkschaft ergab. Von 157 Arbeiterinnen wurden wiederum 81 Arbeiterinnen der Gewerkschaft erklärt und nur in 16 Fällen zu gehen die Arbeiterinnen.

Glückliche Reise!

Voran der Verunsicherung, behütet und leise.
Gut mit ein die Bräutigam, die Braut, die Waise,
Und hinter ihm demer der Jüngling -
Und vor ihm in Frieden und hinter ihm Glück.

Und des Jaren Bekantheit mit Jahn in den Jagen -
Die Ehre ist groß, aber kein das Vergnügen -
Sie alle haben mit Vorbeacht
Bei der Abreise schon -- Testament gemacht.

... Was war das!? Sie fahren empor von den Flügen;
Das Amt vergiert ... in den Jagen Entlegen --
Küß! gar nicht! Es war nur ein zufällig Mitteln
Von des rühmlichen Danks und Ehrentiteln.

Auf allen Stationen der Nachbarn
Nein inbalden schon; nur Soldaten -- Soldaten;
So sah er ein Genesung hin durch die Nacht,
Von Wundarmen, Agenten und Epigeln bewacht.

Und drüben, im sonnigen Land keine Rente;
Am Volk nur Verachtung und Haß und Proteste.
Im gehemmtes Fünftel schließt;
Ein lächerlich rühmliches Heilbild!

Die Heimfahrt vollzieht sich in ähnlicher Weise
Ein erübernde, dann: Gütliche Worte! --
So endet des Jaren Maltenfahrt.
Wenn der Javel ihn vor der Vernichtung bewahrt
Und sich dies Vergnügen auf Später erpart. A. S.

Verammlungskalender

Filiale Darmstadt. Samstag, den 6. November, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Briefkasten

H. Straßburger. In 1. Warum so spät? Erst die Vernehmung der 2007, dann die Verurteilung, sollte Grund sein. In 2. Sobald die Arbeiterbewegung sich bilden soll, werden nur noch, wenn man nicht in der Lage ist, zu arbeiten oder zu verdienen, werden nur in 2007 in Baden wagen zu erheben. Lösen. Das war ja ein mildes Wort! Können Grund!

Totenliste des Verbandes.

Georg Engel, Kassel Gasarbeiter † 12. 10. 1909, 64 Jahre alt.	Wilhelm Schäfer, Stuttgart Gasarbeiter † 19. 10. 1909, 56 Jahre alt.
Karl Franke, Berlin Hohenzollern † 16. Oktober 1909, im Alter von 70 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	

::: Filiale Rostock i. M. :::

Freitag, den 29. Oktober 1909, abends 8 Uhr,
in der Warnowhalle

III. Stiftungsfest

Lebend in
Theater und komischen Vorträgen mit nachfolgendem Ball.
Eintritt: Herren 30 Pf. Damen 20 Pf.
Alle Kollegen von Rostock und Umgegend sind herzlich willkommen.
Um regen Besuch bittet **Das Festkomitee.**

Kollegen! Sorgt für Unterstützung der schwedischen Kämpfer!

Redaktion: In Vertretung des Vorstandes der Gewerkschaft des Eisen- und Stahlarbeiter in Berlin, 10. Friedrichstr., Berlin W. 70, (Telefon 444) und des Reichsausschusses für Arbeiterfragen, Berlin W. 9, (Telefon 104)